

Bericht
des gemäß Artikel 26 der Verfassung
der Internationalen Arbeitsorganisation
eingesetzten Ausschusses
zur Prüfung der Einhaltung
des Übereinkommens (Nr. 111)
über die Diskriminierung
(Beschäftigung und Beruf), 1958,
durch die Bundesrepublik Deutschland

INHALT

KAPITEL 1:

Die Vorgänge bis zur Einsetzung des Ausschusses	80
Die Beschwerde des Weltgewerkschaftsbundes gemäß Artikel 24 der Verfassung	80
Prüfung der Beschwerde durch den Verwaltungsrat und Beschluß der Überweisung der Sache an einen Prüfungsausschuß	82
Ernennung des Ausschusses	84

KAPITEL 2:

Das Verfahren des Ausschusses	86
Erste Tagung	86
Nach der ersten Tagung eingegangene Mitteilungen zu Verfahrensfragen	89
Nach der ersten Tagung eingegangene Mitteilungen zur Sache	99
Zweite Tagung	101
Der Besuch des Ausschusses in der Bundesrepublik Deutschland	114
Dritte Tagung	116

KAPITEL 3:

Die Erfordernisse des Übereinkommens (Nr. 111) über die Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf), 1958, betreffend den Schutz gegen Diskriminierung auf Grund der politischen Meinung	117
Artikel 1 Absatz 1 des Übereinkommens (Begriffsbestimmung)	119
Artikel 1 Absatz 2 (Ausnahmen, die in den Erfordernissen einer bestimmten Beschäftigung begründet sind)	120
Artikel 1 Absatz 3 (Geltungsbereich des Ausdrucks »Beschäftigung und Beruf«)	122
Artikel 2 und 3 (Verpflichtungen aus den Bestimmungen des Übereinkommens)	124
Artikel 4	125

KAPITEL 4:

Frühere Untersuchung der Lage durch Überwachungsorgane der IAO	130
---	-----

KAPITEL 5:

Die Struktur des öffentlichen Dienstes und das Recht des öffentlichen Dienstes in der Bundesrepublik Deutschland

Die Verfassungsstruktur des Staates	134
<i>Die Gewaltenteilung zwischen Bund und Ländern</i>	134
<i>Legislative und Exekutive</i>	135
<i>Rechtsprechung</i>	135
<i>Ausführung der Gesetze</i>	136
Die Struktur des öffentlichen Dienstes	136
Die von der Verfassung garantierten Grundrechte; das Parteienprivileg	139
Das Recht des öffentlichen Dienstes	143
<i>Begriffsbestimmung und Zusammensetzung des öffentlichen Dienstes</i>	143
<i>Die Rechte und Garantien der Beamten im Einstellungsverfahren</i>	146
<i>Sicherheit der Beschäftigung</i>	147
<i>Die Pflichten der Beamten</i>	149
Die Treuepflicht zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung	150
<i>Die Treuepflicht in Geschichte und Rechtslehre</i>	150
<i>Zur Zeit geltende Gesetzesvorschriften</i>	153
<i>Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue</i>	154
<i>Die Lage betreffend den Vorbereitungsdienst</i>	161
<i>Die Stellung der Angestellten und Arbeiter</i>	162
<i>Rechtsprechung</i>	163

KAPITEL 6:

Die vorgebrachten Behauptungen und darauf bezüglichen Unterlagen

Behauptungen des WGB	172
Vom WGB beigebrachte Informationen und Unterlagen	173
Informationen und Unterlagen aus anderen Quellen	179
Zusammenfassende Analyse der dokumentarisch belegten Fälle	181
<i>Die Begründungen der getroffenen Maßnahmen</i>	182
<i>Die Natur der getroffenen Maßnahmen</i>	197
<i>Nebenwirkungen des Ausschlusses vom öffentlichen Dienst</i>	197
Fallbeschreibungen	198
<i>Bundesdienst</i>	198
<i>Baden-Württemberg</i>	211

<i>Bayern</i>	215
<i>Niedersachsen</i>	222
<i>Rheinland-Pfalz</i>	226
<i>Schleswig-Holstein</i>	228

KAPITEL 7:

Die Stellungnahmen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland	232
--	-----

KAPITEL 8:

Stellungnahmen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen	281
Stellungnahmen von Organisationen, nach deren Auffassung die Gesetzgebung und derzeitige Praxis mit dem Übereinkommen Nr. 111 im Einklang stehen	281
Stellungnahmen von Organisationen, nach deren Auffassung die Lage in der Bundesrepublik nicht völlig im Einklang mit dem Übereinkommen Nr. 111 steht	286

KAPITEL 9:

Die zahlenmäßige Größenordnung der Fälle	295
Der öffentliche Dienst im allgemeinen	295
Beschäftigte im Bereich des Bundes	296
Beschäftigte im Bereich der Länder	297
<i>Baden-Württemberg</i>	297
<i>Bayern</i>	298
<i>Niedersachsen</i>	298
<i>Rheinland-Pfalz</i>	300
<i>Hessen</i>	300
<i>Nordrhein-Westfalen</i>	301
<i>Saarland</i>	301
Weitere Erwägungen	302

KAPITEL 10:

Feststellungen und Empfehlungen	305
Ursprung und Sachbereich der Untersuchung	305
Die Rolle des Weltgewerkschaftsbundes im Verfahren	306
Das Beweismaterial über Einzelfälle und der Einwand der Regierung, die innerstaatlichen Rechtsmittel seien nicht erschöpft	307

Gesetzgebung und Praxis in der Bundesrepublik Deutschland zu den anstehenden Fragen	313
Die Anwendbarkeit des Übereinkommens Nr. 111 auf die Beschäftigungsverhältnisse von Beamten	325
Der Schutzbereich des Übereinkommens Nr. 111	327
Die Tragweite der Begriffsbestimmung »Diskriminierung« in Artikel 1 Absatz 1 des Übereinkommens	329
Die Natur der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen Nr. 111	334
Die Bedeutung jüngerer Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte	335
Erfordernisse der Beschäftigung – Die Anwendbarkeit von Artikel 1 Absatz 2 des Übereinkommens Nr. 111 auf die in dieser Untersuchung zu prüfenden Maßnahmen	336
<i>Folgen, die sich aus Unterschieden in der Politik und Praxis verschiedener Behörden in der Bundesrepublik ergeben</i>	340
<i>Die Auswirkungen für das Funktionieren des öffentlichen Dienstes von Aktivitäten, derentwegen der Ausschluß bestimmter Personen aus dem öffentlichen Dienst angestrebt wurde</i>	343
<i>Die Anwendung der Treuepflichtvorschriften als präventive Maßnahme zur Sicherung des Funktionierens des öffentlichen Dienstes in Konflikt- oder Krisenzeiten</i>	345
<i>Die unterschiedslose Anwendung der Treuepflicht auf alle Beamten</i>	346
<i>Die besondere Stellung der Lehrer in bezug auf die Treuepflicht</i>	349
<i>Allgemeine Schlußfolgerungen zur Anwendung von Artikel 1 Absatz 2 des Übereinkommens Nr. 111</i>	352
Betätigung gegen die Sicherheit des Staates – Anwendbarkeit von Artikel 4 des Übereinkommens Nr. 111 auf die in der gegenwärtigen Untersuchung zu prüfenden Maßnahmen	353
Empfehlungen	356
Abweichende Meinung von Professor Parra-Aranguren	361
Bemerkungen des Vorsitzenden und Professor Schindlers	365

ANHANG I:

Wortlaut der materiellen Bestimmungen des Übereinkommens (Nr. 111) über die Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf), 1958	371
---	-----

ANHANG II:

Bestimmungen der Verfassung der IAO über Untersuchungsausschüsse	374
--	-----